



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das geplante Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) im Bundesrat abzulehnen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gegen das geplante CETA-Abkommen zu stimmen.

Begründung:

1. Die Verhandlungen über das geplante CETA-Abkommen werden auf der Grundlage geheimer Verhandlungspositionen hinter verschlossenen Türen geführt. Selbst nach Abschluss der Verhandlungen wird der finalisierte Vertragstext geheim gehalten, bis er angenommen und damit Änderungen entzogen ist. Dieses undemokratische Verhandlungsverfahren ist nicht akzeptabel, wenn es um die Festlegung von Standards in den Bereichen Lebensmittel und Lebensmittelerzeugung, Biotechnologie und Gentechnik, Urheberrechts- und Patentschutz, Medikamente, Finanzdienstleistungen, Auftragsvergabe oder Telekommunikation geht. Die in diesen Bereichen geltenden Grundrechts-, Menschenrechts-, Sozial-, Arbeitsschutz-, Verbraucherschutz-, Naturschutz- und Umweltschutzstandards müssen wegen ihrer hohen Bedeutung in demokratisch gewählten Parlamenten öffentlich ausgehandelt und festgelegt werden.
2. Nach ersten Analysen könnte das CETA-Abkommen zu einem Abbau von Verbraucherrechten führen, etwa zu Einschränkungen des privaten Tauschs von Musik und Filmen. Auch wo das Abkommen den bestehenden Standards entsprechen soll, würde es unsere gewählten Volksvertretungen an zukünftigen Änderungen hindern, etwa um Umwelt oder Verbraucher auf der Grundlage neuer Erkenntnisse oder einer neuen Bewertung besser zu schützen.

Beispielsweise wäre - ähnlich wie im Fall des gescheiterten ACTA-Abkommens - eine Eindämmung der aktuellen Urheber- und Verwertungsrechte zugunsten eines verbesserten privaten Zugangs zu Wissen und Kultur teils nicht mehr möglich. Diese Einschränkung der staatlichen Souveränität ist abzulehnen.

3. Das CETA-Abkommen soll internationalen Investoren Sonderrechte einräumen, die inländischen Investoren nicht zustehen. Unter anderem sollen internationale Konzerne Staaten vor privaten und nicht öffentlich handelnden Schiedsgerichten auf Schadensersatz verklagen können, beispielsweise im Fall von Auflagen zum Umwelt-, Daten- oder Verbraucherschutz. Die Rechtsordnungen und öffentlichen Gerichte Kanadas sowie der EU-Mitgliedsstaaten bieten Investoren einen ausreichenden Schutz. Die darüber hinaus gehenden Sonderrechte und Schiedsgerichte laut CETA-Abkommen sind abzulehnen.
4. Durch bilaterale Handelsabkommen droht eine unerwünschte Zersplitterung des international abgestimmten Welthandelsregimes.

CETA wird sowohl von kanadischen als auch von europäischen Nichtregierungsorganisationen (z.B. Greenpeace, Mehr Demokratie) abgelehnt. Schon jetzt stecken wir in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen. Wir erleben zu wenig - nicht zu viel - Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Finanzmarktkontrolle. Wir erleben zu wenig - nicht zu viel - solidarisches Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter (Land-)Wirtschaft sowie wirksamen Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz gegenüber den Geschäftsinteressen internationaler Konzerne. Eine transatlantische Partnerschaft für die rechtsstaatlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Veränderungen, die wir im 21. Jahrhundert dringend brauchen, sieht anders aus.

Dr. Patrick Breyer, MdL

Torge Schmidt, MdL
und Fraktion